

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1928**

321 (12.7.1928) Morgenausgabe

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 RM im Voraus im Verlaue od in den Abzahlungen abgeholt 3.- RM. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 RM. Einzelpreise: Werftags-Nummer 10 S. Sonntags-Nummer 15 S. - Im Fall überer Gewalt streift Auslieferung an, hat der Besteller keine Ansprüche bei verspäteter oder Nicht-Erreichung der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25 d M auf den Monatsletzten anacommen werden. Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Seite 40 RM. Stellenanzeige Familien- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden ermäßigter Preis. Bekanntheits-Seite 100 RM an erster Stelle 250 RM. Bei Wiederholung tariflicher Rabatt, der bei Nichterhaltung des Reiches bei geschäftlicher Vertreibung und bei Konzentration an der Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

# Badische Presse

und  
**Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung**  
Verbreitetste Zeitung Badens  
Karlsruhe, Donnerstag, den 12. Juli 1928.

Redaktion und Verlag von  
: Ferdinand Hiermann :  
Chefredakteur Dr. Walter Schneider.  
Verantwortlich: für deutsche  
Politik u. Wirtschaftspolitik: W. Fölsche;  
für auswärt. Politik: A. W. Ganev;  
für badische Politik und Nachrichten:  
W. Fölsche; für Kommunalpolitik:  
A. W. Ganev; für Sport:  
W. Fölsche; für das Reichstags-  
Geschäftsstelle: für Ober- und Kon-  
zert: Chr. Fölsche; für den Sam-  
bestell: W. Fölsche; für die Anzeigen:  
H. Hübner; alle in Karlsruhe.  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metzger.  
Fernsprecher: 4050 4051 4052 4053 4054  
Geschäftsstelle: Mittel- und Pomm-  
straße 82/84. Beilagen: Welt und  
Deimat / Literarische Umschau / Roman-  
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /  
Baden und Baden / Haus und  
Garten / Karlsruher Betriebs-Zeitung.

## Amnestie und Steuererlenkung.

### Die Amnestievorlage vom Ausschuss angenommen.

Eine ruhige Reichstagsitzung. — Der Fall Straffer. Die geplante Steuererlenkung.

m. Berlin, 11. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichstag hat am Mittwoch nur eine kurze Sitzung abgehalten, die fast durchweg der Erledigung einiger kleiner Vorlagen galt. Man hatte diese Sitzung lediglich deshalb eingeschoben, um den Ausschüssen Zeit zu geben, sich mit der Amnestie und den Steuerfragen zu beschäftigen. Infolgedessen wurde auch den Pleenarberatungen kein allzugroßes Interesse entgegengebracht. Erwähnenswert wäre nur der Fall Straffer.

Wie erinnerlich, hatte in der vorigen Woche der Nationalsozialist Straffer den Reichsfinanzminister einen aus Galizien stammenden jüdischen Juden genannt. Er ist daraufhin von der weiteren Sitzung ausgeschlossen worden, hat aber gegen diesen Ausschluß Einspruch erhoben. Nun ist es üblich, daß auch über derartige Einsprüche Reichstagsordnungen angefertigt werden. Das Präsidium hatte aber davon Abstand genommen und lediglich den Einspruch auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt. Infolgedessen haben sich die Nationalsozialisten veranlaßt, ihrerseits den Einspruch drucken und im Hause verteilen zu lassen. Das Reichstagsbüro schritt jedoch sehr rasch ein und wußte die Verteilung des gedruckten Einspruches zu verhindern. Deswegen das geschah, ging später aus einer Erklärung des Reichstagspräsidenten Loebe hervor, der darauf aufmerksam machte, daß man schon im alten Reichstage sich dahin verständigt hätte, derartige Fälle nicht noch einmal öffentlich zu plakatieren, sondern sie ohne besondere schriftliche Unterlagen einfach auf die Tagesordnung zu setzen, wenn das notwendig werden sollte. Die Nationalsozialisten mußten sich also damit begnügen, daß die Beleidigung Straffers nicht auch noch in den Druckfaden des Reichstags verewigt wurde. Der Einspruch wurde abgelehnt. Dabei kam es allerdings noch zu einer kurzen Erregung der Sozialdemokraten, weil die Deutschnationalen sich an die Seite der Nationalsozialisten gestellt hatten.

Im Rechtsausschuß und im Steuerauschuß ist ziemlich flott gearbeitet worden. Die beiden Gremien sind zu positiven Ergebnissen gekommen. Schon die Vorbesprechungen über die Amnestie zwischen dem Reichsjustizminister und den Parteiführern ließen erkennen, daß man sich ohne große Schwierigkeiten einig werden würde. Das ist denn auch tatsächlich geschehen. Es ist ein Kompromiß zustande gekommen, das eine weitgehende Amnestie vorsieht. Ein von deutschnationaler Seite unternommener Versuch, eine weitere endgültige Begnadigung für die Fememörder in Aussicht zu nehmen, ist gescheitert.

Bei der Beratung der Amnestieanträge teilte der Vorsitzende, Abg. Dr. Kahl, mit, daß dreißig Telegramme und Briefe kommunistischer Vereine und Verbände an den Ausschuss gelangt seien, die die sofortige Entlassung der Gefangenen fordern. Er hat, künftig solche Telegramme als Tagestelegramme zu bezeichnen, damit er nicht mehr mitternachts geweckt werde. Im übrigen werde er sich durch solche „Befehle“ in seinen pflichtmäßigen Entschlüssen nicht beeinflussen lassen.

Sozialdemokraten, Zentrum, D.D.P. und Demokraten haben einen gemeinsamen Amnestieentwurf eingebracht.

Nach wird Straferlass gewährt für die von Gerichten des Reiches oder der Länder verhängten Strafen, die aus politischen Beweggründen begangen sind oder wegen Zuwiderhandlungen gegen das Militärstrafgesetz bis zum 1. Oktober 1920 verhängt worden sind. Unabhängige Verfahren werden eingestellt, wenn die Tat vor dem 1. Januar 1928 begangen ist. Neue Verfahren werden nicht angesetzt. Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist, ferner Verbrechen gegen das Leben und solche Straftaten, zu deren Durchführung der Täter ein Verbrechen gegen das Leben begangen hat. Strafen wegen Verbrechen gegen das Leben sollen jedoch gemildert werden. So sollen Freiheitsstrafen auf die Hälfte herabgesetzt werden, wobei an die Stelle des Zuchthauses lebenslängliche Zuchthausstrafen werden in Gegenwart von 7/8 Jahren umgewandelt.

Rechtsjustizminister Dr. Koch betonte, daß sich die Regierung nur zu der Amnestie entschlossen habe, weil durch die langen Verhandlungen Hoffnungen geweckt worden seien, denen endlich Taten folgen müßten.

Die letzten Wahlen hätten gezeigt, daß das Reich so fest gefügt sei, eine solche Amnestie vertragen zu können. Im Prozeß gegen die kommunistische Zentrale sei ein Delikt bisher nicht festgestellt, weshalb dieser Prozeß nicht unter die Amnestie fallen könne.

Ein bayerischer Vertreter hat, die Amnestie auf die Reichsdelikte zu beschränken. Von den Deutschnationalen wurde beantragt, auch die Disziplinarverfahren einzubeziehen. Im übrigen wurde von ihrer Seite der Antrag der Regierungsparteien als unzureichend erklärt, aber zum Ausdruck gebracht, daß sie ihm nach Ablehnung ihrer Anträge zustimmen würden. Darauf wurde der Antrag der Regierungsparteien über die Amnestie unter Ablehnung aller anderen Anträge mit allen gegen die Stimme der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Dazu fand eine Entschiedenheit Annahme, die die Reichsregierung erachtet. Bei den Ländern dahin zu wirken, daß Personen, die aus wirtschaftlicher Not und während des passiven Widerstandes straffällig geworden sind, bei der Ausübung des Gnadenrechtes in besonders nachsichtvoller Weise berücksichtigt werden.

Da die Parteien in der Amnestiefrage einig sind, wird am Donnerstag die Amnestie glatt über die Bühne gehen. Es bleibt dann noch

die Steuererlenkung übrig. Auch hier ist ein Einvernehmen erzielt worden. Es ist beabsichtigt, den Anfang Januar auf Grund eines Gesetzes vom 22. Dezember 1927 in Kraft getretenen 15prozentigen Abzug vom 10prozentigen Steuerbetrag auf 25 Prozent zu erhöhen. Die bisherige Ermäßigung sollte die Grenze von 2 Mark monatlich nicht übersteigen; der Abzug, der von dem Steuerbetrag jetzt vorgenommen wird, soll also auf 25 Prozent erhöht werden und die Höchstsumme dieser Ermäßigung auf 3 Mark monatlich festgesetzt werden. Im übrigen soll bei der Steuerzahlung mit Abrundungen gearbeitet werden, durch die aber nur Pfennigbeträge betroffen werden. Einsprüche sind allerdings von der Deutschen Volkspartei gemacht worden. Sie erklärt, daß die mittleren Schichten nicht genügend berücksichtigt worden sind. Bei der Abstimmung wird sich zu zeigen haben, ob die Deutsche Volkspartei zu ihrem Einspruch stehen oder sich mit der Zustimmung des Reichsfinanzministers begnügen wird, wonach im Herbst sämtliche Steuerfragen überprüft und das Steuervereinfachungsgesetz endgültig dem Reichstag vorgelegt werden soll. Da die neue Steuererlenkung erst am 1. Oktober in Kraft tritt, werden also die jetzt vorgenommenen Ermäßigungen mit der in Aussicht gestellten Überprüfung der übrigen Steuern zeitlich einigermaßen zusammenfallen.

Reichsfinanzminister Dr. Hildebrand gab die Erklärung ab, daß die Regierung nach eingehender Prüfung die beantragte Reform der Lohnsteuer für erträglich halte.

Der Vorschlag, der von den Sozialdemokraten, Demokraten und dem Zentrum gemacht worden sei, werde das im Etat vorgesehene Mindestaufkommen von 1300 Millionen Reichsmark nicht gefährden. Ferner erklärte der Reichsfinanzminister, daß die Regierung während der Reichstagspause die finanzielle Lage des Reiches gründlich dahin prüfen werde, inwieweit eine Senkung der Steuer bei mittleren Einkommen möglich ist. Hinsichtlich einer Senkung der sogenannten Realsteuer verwies der Minister auf das im Reichsrat vorliegende Steuervereinfachungsgesetz. Die Arbeiten im Reichsrat sollen so beschleunigt werden, daß auch hier Unterlagen für weitere erfolgreiche Verhandlungen beim Wiederauftreten des Reichstages vorliegen werden.

### Die deutsche Antwort auf die Kellogg-Note überreicht.

\* Berlin, 11. Juli. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, ist die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte amerikanische Note vom 23. Juni über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Vermeidung des Krieges am Mittwoch nachmittag dem amerikanischen Botschafter überreicht worden. Die Note wird Freitag veröffentlicht werden.

## Malmgreen gefunden.

### Ein Erfolg eines russischen Fliegers

m. Berlin, 11. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Russen, die bekanntlich seit dem Eintreten der „Stasia“-Katastrophe sich stark an den Rettungsarbeiten beteiligt haben, melden heute einen Erfolg. Der Flieger Tschuhnowski hat auf einem Punkt 80 Grad nördlicher Breite und 25 Grad 45 Minuten östlicher Länge die Malmgreengruppe gefunden. Zwei Mann winkten mit Fahnen oder Luchern, der Dritte, anscheinend verletzt oder krank, blieb in liegender Haltung. Da der Det sich nur etwa 25 Meilen von dem Aufenthaltsort des durch Padeis am Vorbringen gehinderten Eisbrechers „Krasin“ befindet, will man alle Mittel in Bewegung setzen, um die drei Menschen mit Flugzeugen zu retten.

### Ein Baumwollschuppen in Flammen.

N. Hamburg, 11. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters) Im Hanlalarzhaus der Firma J. H. Bachmann im Hamburger Hafen brach heute mittag Großfeuer aus. Gegen 12 Uhr stiegen hohe Flammen und dicke Rauchwolken aus einem Lager schuppen empor, der bis zum Rand mit Zute und Baumwolle gefüllt war. Um 9 Uhr morgens waren die Arbeiter noch beschäftigt, 200 Ballen aus dem Schuppen zu verladen, und drei Stunden lang hatte niemand den Schuppen betreten. Plötzlich stand um 12 Uhr der Schuppen in hellen Flammen. Mit sechs Jüngen griff die Feuerwehr den Brand von verschiedenen Seiten an. Nach mehr als zweistündiger Arbeit war die Gefahr zum größten Teil beseitigt, doch flackerten immer wieder neue Brände an verschiedenen Stellen auf. Der Schaden ist recht beträchtlich, da neben den verbrannten Waren auch ein großer Teil der Baumwollspindel durch das Wasser gelitten hat. Bereits im vorigen Jahr brannte bei derselben Firma ein großer Lager schuppen nieder.

## Italienische Schikanen.

### Startverbot für ein deutsches Flugzeug.

Zwischenfall bei der Eröffnung des deutsch-italienischen Luftverkehrs.

m. Berlin, 11. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die am Montag erfolgte Eröffnung des direkten deutsch-italienischen Luftverkehrs auf der neuen Alpenstraße München-Mailand vollzieht sich infolge der unerwartlichen Haltung der italienischen Behörden unter einem wenig glücklichen Stern. Italien hatte verlangt, daß die auf dieser Strecke eingeleiteten Flugzeuge, die zunächst bekanntlich zur Fracht und Postbeförderung dienen sollten, eine Zwischenlandung in Trient vornehmen sollten, und man hat an dieser Forderung anscheinend aus politischen Gründen festgehalten, obwohl von deutscher Seite darauf hingewiesen wurde, daß aus flugtechnischen Gründen eine Zwischenlandung auf dem völlig ungeeigneten Flugplatz in Trient absolut nicht ratsam sei.

Nun war die am Montag in München aufgestiegene Luftschiffmaschine, ein dreimotoriger Rohrbach-Roland, wegen schlechten Wetters gezwungen, von einer Landung in Trient Abstand zu nehmen und unverzüglich nach Mailand fortzufliegen. Daraufhin wurde dem Piloten Bauer, als er am Dienstag in Mailand zurückfliegen wollte, von den italienischen Behörden der Start verboten. Deutschereits rewanquierte man sich sofort, indem man auch für die in München zum Rückflug bereitstehende italienische Flugmaschine ein Startverbot verhängte. Die gleichzeitig bei den italienischen Lufthafenbehörden erhobenen Vorstellungen führten dann zu dem Ergebnis, daß der Start der deutschen Maschine freigegeben wurde. Der Rohrbach-Roland flog daraufhin am Dienstag früh von Mailand ab und traf gegen Mittag in München ein. Gleichzeitig konnte natürlich auch die italienische Maschine von München abfliegen.

Dieser wenig erfreuliche Zwischenfall dürfte noch zu Weiterungen Anlaß geben, zumal der italienische Standpunkt in der Frage der Zwischenlandung in Trient völlig unverändert und unhaltbar ist. Mit dem gleichen Recht könnte Deutschland verlangen, daß die italienischen Maschinen auf dem ersten Flugplatz hinter der deutschen Grenze, also in Bad Reichenhall, eine Zwischenlandung vornehmen, womit natürlich dem Luftverkehr, da es sich ja um eine Expressstrecke handelt, in keiner Weise gedient wäre.

Im Zusammenhang hiermit sei aber die Tatsache erwähnt, daß die Italiener sich beim Ueberfliegen fremder Länder durchaus nicht so genau an die Luftverkehrsbestimmungen des betreffenden Landes halten, wie sie dies ihrerseits von den deutschen Maschinen verlangen.

Die Oesterreicher wissen ein Lied davon zu singen, denn es ist nur zu bekannt, daß die italienischen Maschinen, die zwischen Wien und Venedig verkehren, fast regelmäßig die vom österreichischen Verkehrsministerium vorgeschriebenen und im Flugplan ausdrücklich vorgesehenen Zwischenlandungen in Graz und Klagenfurt nicht ausführen.

### Wie die Italiener ihre Bozener Siegesfeier vorbereiten.

TU. Innsbruck, 11. Juli. Aus Südtirol kommen Nachrichten, die auf eine erhöhte faschistische Tätigkeit zur bevorstehenden Siegesfeier in Bozen schließen lassen. Der Grenzschutz am Brenner ist durch Militär bedeutend verstärkt worden. Die Reisenden werden genau unterhütet, müssen genau ihr Reiseziel angeben und werden in eigene Kontrolllisten eingetragen. Wer nach Bozen will, erhält einen dokumentarischen Ausweis, sich sofort bei der Präfektur zu melden.

In Bozen selbst wurden in jedem Gasthaus drei Geheimpolizisten einquartiert,

die zu beobachten haben und die von den Wirten verpflegt werden müssen. Auch der Stand der Bozener Truppen ist bedeutend verstärkt worden. Zur Unterbringung der zahlreichen Faschisten aus ganz Italien, die am 12. Juli nach Bozen kommen, wurde eine Reihe von Gebäuden, darunter das Palais des ehemaligen Statthalters von Tirol Graf Togggenburg, beschlagnahmt, der einfach eine schriftliche Mitteilung erhielt, daß der Palast zur Einquartierung von Offizieren beschlagnahmt werde.

Das Siegesdenkmal wird andauernd bei Tag und Nacht von Militärposten bewacht. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß am 12. Juli von 7 Uhr an bis 1 Uhr mittags die Einfahrt von Automobilen nach Bozen verboten ist.

# Reichstagsdebatte über die Krisenfürsorge.

## Der Ausschuh Antrag angenommen.

\* Berlin, 11. Juli. (Zuspruch.) Präsident Loebe eröffnete die Sitzung um 3 Uhr. Das Haus trat in die erste Beratung des Entwurfs eines Strafgesetzbuches ein, der schon den alten Reichstag beschäftigt hat und auf Grund eines Ueberleitungs-Gesetzes dem neuen Reichstag überwiesen war.

Abg. Dr. Alexander (Kom.) protestierte gegen die Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches, das die Straffähigkeit gegen das Proletariat noch verschärfen wolle. Der Entwurf sei ein Justizhaus-Entwurf und widerspreche durchaus den Entschliessungen früherer sozialdemokratischer Parteitage.

Der Gegenentwurf wurde einem besonderen Strafrechtsausschuss überwiesen.

Es folgte die Beratung eines von den Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei eingebrachten Gesetzentwurfs, wonach die Geltungsdauer des Gesetzes über die Nichtanrechnung der Wartestandszeit bis zum 31. Januar 1929 verlängert werden soll. Die Vorlage wurde in erster und zweiter Beratung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Beratung wurde von deutschnationaler Seite Widerspruch erhoben.

Es folgte die Beratung einer Novelle zum Viehschlachtzoll, wonach die Bienen unter die Bestimmungen dieses Gesetzes gestellt werden sollen. Dies entspricht besonders einem Wunsch Württembergs.

Abg. Hanje (Christl. Nat. Bauernp.) wies darauf hin, daß die Bienenjuchen einen jährlichen Schaden von über 100 Millionen verursachen. Die Vorlage sei daher zu begrüßen. Die Forderung nach einem besonderen Bienenjuchengesetz bleibe aber bestehen.

Die Vorlage wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Der deutsch-japanische Handels- und Schiffsahrtsvertrag geht an den handelspolitischen Ausschuss. In allen drei Lesungen angenommen wurde das deutsch-schwedische Abkommen über die Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung.

Das Haus beschäftigte sich dann mit den Ausschuh Anträgen zur Krisenfürsorge. Der Reichsarbeitsminister wird ersucht, zur Krisenunterstützung allgemein solche Fabrikarbeiter zuzulassen, die gewohnheitsmäßig mit Angehörigen der sechs zugelassenen Berufsgruppen, Gärtnerei, Metall- und Maschinenindustrie, Lederindustrie, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Bekleidungsindustrie und der Angestelltenberufe zusammenarbeiten. Anträgen auf weitere Einbeziehung neuer Berufsgruppen soll stattgegeben werden, soweit die Lage des Arbeitsmarktes es erfordert. Bei weiterer Verschlechterung soll die Krisenfürsorge auf sämtliche Berufsgruppen ausgedehnt werden. Die Unterstützungsdauer soll allgemein von 26 auf 39, bei älteren Arbeitnehmern bis zu 52 Wochen ausgedehnt werden. Weiter wird eine Neuordnung der Berufstätigkeitsprüfung verlangt. Weitere Forderungen betreffen die Ausdehnung der Notstandsarbeiten.

Abg. Dr. Pfeiffer (DVP.) wandte sich gegen die allgemeine Ausdehnung der Krisenfürsorge von 26 auf 39 Wochen.

Reichsarbeitsminister Wiffell verwies auf seine Ausführungen im Ausschuss und erklärte, die verschlechterte Wirtschaftslage spiegelte sich auch in der Arbeitslosenzahl wieder. Die als Voraussetzung für die Krisenfürsorge erforderliche andauernde besonders ungünstige Arbeitsmarktlage sei erfreulicherweise noch nicht in allen Berufen gegeben. Sollte es dazu kommen, so werde das Arbeitsministerium gern die Krisenfürsorge auf sämtliche Berufsgruppen ausdehnen. Der Minister erklärte sich mit den Ausschuh Anträgen einverstanden. Ob es allerdings möglich sein werde, die Krisenfürsorge allgemein auf 39 Wochen zu verlängern, könne er noch nicht übersehen, da die Reichsregierung noch keine Entscheidung darüber getroffen habe.

Abg. Hädel (Kom.) richtete heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten, deren Verhalten bei der Krisenfürsorge mit ihren Versprechungen im Wahlkampf im Widerspruch stehe. Der Redner forderte, daß die Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit unterstützt werden.

Abg. Müller-Richtenberg (Soz.) wies die kommunistischen Vorwürfe zurück und zog Vergleiche mit Rußland, wo die Arbeitslosen erheblich schlechter gestellt seien. (Wegen dauernder Unterbrechungen wurden verschiedene kommunistische Abgeordnete zur Ordnung gerufen.)

Abg. Aufhäuser (Soz.) erwiderte den Kommunisten, die Arbeitslosenversicherung sei ein Erfolg der Sozialdemokratie in Deutschland, der gegen den vereinigten Widerstand der Kommunisten und deutschnationalen erreicht wurde. (Großer Lärm v. d. Kom.) Dem Minister Wiffell gebühre Dank dafür, daß er die Entschlossenheit ausgedrückt

habe, gerade in der Krisenfürsorge einen sichtbaren Auswechselfortschritt zu führen. Die Arbeitslosen könnten nicht bis zum Herbst warten, da spätestens dann das Arbeitslosenversicherungsgesetz geändert werden könne. Die Sozialdemokratie lehne es ab, mit der Not der Arbeitslosen Agitation zu treiben.

Abg. Stöbe (Nationalsoz.) stimmte den kommunistischen Anträgen zu, im Falle der Ablehnung aber auch den Ausschuh Anträgen, da sie immerhin gewisse Verbesserungen brächten.

Unter Ablehnung aller anderen Anträge wurde der Ausschuh Antrag im wesentlichen gegen Kommunisten und deutschnationale angenommen.

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag 2 Uhr. — Lohnsteuerentwurf, Ann. etc., Kleine Vorlagen. Schluß 6 Uhr.

# Keine alldutsche Gruppe in der Deutschnationalen Volkspartei

Berlin, 11. Juli. (Zuspruch.) Die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. von Dröner, Dr. Spahn und Leopold veröffentlichte eine Erklärung, nach der die vom „Berliner Tageblatt“ behauptete Gründung einer „Allddeutsch-legalistisch-sozialreaktionären Gruppe“ in der Deutschnationalen Partei, an der die genannten Abgeordneten beteiligt seien, auf freier Erfindung beruhe.

# Reichsminister Wiffell über die Wohnungsnot.

\* Berlin, 11. Juli. (Zuspruch.) Der Wohnungsausschuss des Reichstages nahm am Mittwoch einen Bericht der Reichsregierung über den Stand des Wohnungsbaues entgegen. Reichsarbeitsminister Wiffell betonte, es sei nach wie vor die Sorge der Reichsregierung, den schwerwiegenden Schädigungen, die durch die Wohnungsnot entstehen, entgegenzutreten. Auf Grund des Ergebnisses der Reichswohnungszählung werde noch geprüft werden, in welchen Gebieten und für welche Schichten der Bevölkerung die Wohnungsnot am dringendsten sei. Die Wirtschaftslage der kinderreichen Familien müsse berücksichtigt werden. In erster Linie müßten Wohnungen in einer Größe und zu einem Preise gebaut werden, deren Bezahlung

gerade der arbeitenden Bevölkerung noch möglich sei. Nach wie vor blieben die öffentlichen Mittel das Rückgrat für die Finanzierung des Wohnungsbaues.

Die Schwierigkeiten in der Geldbeschaffung für den Bau von Wohnungen würden auch in den nächsten Jahren nicht leicht zu beheben sein. Man werde auch zu einer allmählichen Rationalisierung des gesamten Wohnungsbaues kommen müssen.

# Die Reichsbahn hält an der Tarifierhöhung fest.

TU. Königsberg, 11. Juli. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hielt am 10. und 11. Juli in Königsberg in Preußen seine Sommertagung ab und nahm dabei Gelegenheit, sich ein Bild von der besorgten Wirtschaft und Verkehrslage Ostpreußens zu verschaffen. Um bei der Verkehrsausschließung der Provinz mitzuwirken, wurde eine Beteiligung an der Kraftverkehrsgesellschaft Ostpreußen beschlossen.

Die Tarifierhöhungssfrage konnte in dieser Sitzung in der Hauptsache nur referierend behandelt werden, da eine endgültige Stellungnahme der neuen Reichsregierung, die erst vor wenigen Tagen die parlamentarische Befähigung erhalten hat, noch nicht vorliegt. Durch die eingetretene Verzögerung hat sich die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung noch gesteigert. Der Ausgabenbedarf ist noch gestiegen. Entgegen der Erwartung, die die frühere Regierung bei ihrer zunächst absehenden Einstellung hegte, ist das Anwachsen der laufenden Einnahmen im Vergleich zum Vorjahre zum Stillstand gekommen. Angesichts dieser Sachlage wird der Verwaltungsrat zu definitiver Stellungnahme in kurzer Zeit wieder zusammentreten.

# Köhl ehrt Ebert.

TU. Heidelberg, 11. Juli. Von Frankfurt kommend warf Hauptmann Köhl am Mittwoch mittag gegen 1 Uhr über dem Grab Friedrich Eberts in Heidelberg einen Kranz mit dem schwarz-rot-goldenen Reichsfarben als Huldigung für den ersten Präsidenten der Republik ab. Köhl flog nach Berlin weiter. Unterwegs stattete er Dessau einen kurzen Besuch ab.

# Briands Antwort an Kellogg.

## Frankreich macht neue Vorbehalte.

### Der Ministerrat erteilt seine Billigung.

F.H. Paris, 11. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das französische Kabinett trat heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue zusammen.

Briand gab die Bedingungen bekannt, unter denen er der Regierung der Vereinigten Staaten antworten will, um die Zustimmung Frankreichs zum amerikanischen Paktvorschlages auszusprechen. Der Ministerrat billigte das von Briand vorbereitete Schreiben.

Wie ich von unrichtiger Seite höre, wird die französische Note in der Paktfrage heute noch nicht veröffentlicht werden. Aus dem Wortlaut der offiziellen Mitteilung, worin von Bedingungen gesprochen wird, unter denen Briand der amerikanischen Regierung antworten wolle, muß der Schluß gezogen werden, daß Frankreich dem amerikanischen Paktvorschlages nicht bedingungslos seine Zustimmung geben will. Aber neue Vorbehalte macht.

# Ein französischer Posten in der Pfalz angeschossen.

TU. Landau, 11. Juli. In der vergangenen Nacht kurz nach 11 Uhr wurde der in der ehemaligen 12er-Kaserne Posten stehende französische Soldat angeschossen und durch zwei Schüsse verletzt. Als Täter kommen zwei Radfahrer in Frage, nach denen die deutsche Polizei gemeinsam mit der französischen Gendarmrie sucht. Die Nachforschungen sind bisher ergebnislos verlaufen.

# Herriot fährt nach Köln.

## Fühlungnahme mit einem Mitglied des Reichskabinetts.

F.H. Paris, 11. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Von zuständiger Seite wurde ich zu der Mitteilung ermächtigt, daß der französische Unterrichtsminister Herriot am 1. August in Köln eintreffen und dort bis zum 3. August verbleiben wird. Herriots Reise nach Köln hat durchaus offiziellen Charakter, indem dem Unterrichtsminister die Mission übertragen wurde, in Köln die erste offizielle Fühlungnahme mit einem Mitglied des neuen Reichskabinetts zu nehmen. Herriot zu Ehren wird Oberbürgermeister Adenauer ein Diner veranstalten, Herriot seinerseits wird die in Köln gelegentlich seines Aufenthaltes anzuwendenden offiziellen deutschen Bezeichnungen zu einem Abendessen einladen. Wiederholte Besuche der „Presse“ sind beabsichtigt. Herriot wird auf seiner Reise vom Generalkonmissar der französischen Abteilung der „Presse“, Schölller, und dem in A vertretenen Generalkonmissar Stephen Walot begleitet sein.

# Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

Donnerstag, den 12. Juli 1928:

Münchener Konservatorium: Prüfungskonzerte; Rosarabend mit im Kuradmittag.

Reich: Friedrichshof; Musikstunde Bernerhofen-Helios.

Ausstellungsbüro: Ausstellung „Die Pfalz“; Heimatabend Schwarzwaldverein; Vereinsabend in der Ausstellungsbüro.

Reich: Moniner: Gartenkonzert der Feuerwehrgesellschaft.

Kabarett Wiener Hof; Auftreten der 2. Geißa.

Reichsbühnen: Matrosenliedchen; Programm Union-Theater; Banquetreuer Botemfilm.

# Herr Marcell.

Von Leo Hirsch.

Am ersten April, abends acht Uhr, brachte ich meine Mutter zur Bahn. Während ich mein Perronbillet wieder abgab, glaubte ich, ein paar Schritte weiter Herrn Marcell zu entdecken, der den Hut jog und energisch herüber grüßte. Wertwüdig betreten ging ich ihm nach, um ihm die Hand zu geben und nach seinem Befinden zu fragen. Ich hatte ihn lange nicht gesehen. Aber obwohl ich eine halbe Stunde suchte konnte ich ihn nicht mehr finden. Schließlich ging ich nach Hause.

Andern morgens stand ich früh auf, weil ich nicht gut geschlafen hatte. Ich schlief im Frühjahr immer miserabel, aber damals ließ mir der Gedanke an Herrn Marcell keine Ruhe mehr. Schließlich war er ein alter Herr, wer mochte sich sonst um ihn kümmern? Und ich bin ein junger Mensch, der sein leidliches Auskommen hat und keine Sorgen. Es war unverantwortlich von mir, daß ich mich so lange nicht um ihn gekümmert hatte. Noch am selben Abend wollte ich ihn besuchen. Aber dann kam etwas dazwischen und ich verschob meinen Besuch.

Das war mir einigermaßen peinlich. Denn Herr Marcell hat nicht nur mir, sondern auch allen anderen Menschen, die er in seinem langen Leben kennen gelernt hat, nur Gutes getan. Und trotzdem hatten sie ihn alle verraten und man konnte von seinen früheren Freunden nur Böswilliges und Falsches über ihn hören. Und weil die Menschen ihm so viel Dank schuldeten, wollten sie es nicht eingestehen und zeigten sich ihm häßlich und undankbar.

Herr Marcell war sehr empfindlich. Die Kadestiche, die seine früheren Freunde ihm beibrachten, taten ihm sehr weh. Aber weil er meinte, wie sehr es die anderen bedrückte, daß sie ihm Dank schuldeten, daß sie ihn nur schlecht machten, weil sie schlecht an ihm gehandelt hatten, ließ er es sie nicht entgelten. Er sprach immer gut von jedermann, bloß ein wenig traurig. Aber die Traurigkeit über seine Entwürfungen wollte er niemanden merken lassen. Darum verfiel er sie in lustigen Paradoxen. Die gingen einem leicht ins Ohr, sie klangen leichtsinnig und witzig. Aber in Wirklichkeit waren sie tiefste und melancholisch. Herr Marcell war sehr geistreich, und ich glaube, nur aus Angst vor seinem Witz redeten die Leute schlecht und herablassend von ihm, oder aus Rache, aus Rache dafür, daß sie von seiner Güte belächelt waren.

Herr Marcell ist der beste, nein, der gütigste Mensch, den es gibt. Weil die Natur, seine Eltern, seine Erzieher schlecht an ihm gehandelt hatten, zahlte er den anderen Menschen mit Güte heim. Er war immer furchtbar klein. Er hatte verhältnismäßig lange, rötliche Haare, einen kurzen, mageren Rumpf und einen viel zu großen, schweren Kopf. Es war ein häßlicher Kopf, aber seine Augen leuchteten. Man hielt ihn nach seinem Schadel zuerst für einen Rüstler, aber sein ganzer Habitus war unharmonisch, seine Bewegungen schief und eckig. Aber trotzdem konnte man ihn für einen Marquis aus der Zeit vor der großen Revolution halten. So weltmännlich

war er, so Kavalier durch und durch. Seine Stimme war dunkel, leise und wohlklingend. Aber dabei war er ein glänzender Redner. Welch ein Feuerkopf war doch Herr Marcell! Weil er so häßlich war, suchte er nichts als Schönheit. Er konnte auf der Straße stehen bleiben, wenn er eine schöne Frau sah, und ihr unversehrt, wie verloren, nachstarrten wenn sie längst seinen Augen entschwinden sein mußte. Als ich ihn einmal fragte, was er denn noch sehe, sagte Herr Marcell: Diese Dame dort. Sie ist längst fort, sagte ich. Als er nach einer Weile antwortete, konnte ich ihn kaum verstehen, so leise, so verjörnt sprach er: Meine Augen leben sie immer weiter. Seine Augen dichteten jeden Menschen weiter, zu Ende, sie haben noch das hinzu, was der liebe Gott gleichsam vergessen hatte. Herr Marcell sah jeden Menschen vollendet.

Er war teilweise kein Schwärmer. Er lebte mitten im tollsten Trübel der Welt. Wenn irgend einem Menschen Unrecht geschah, sprang er sofort ein. Darum erklärten ihn viele für anormal. Aber er scheute vor nichts zurück, ging bis zu den höchsten Stellen, um ein Leben zu retten und einen Unschuldigen oder zu schwer Bestraften zu rehabilitieren. Die kleinen Bonzen fürchteten ihn darum sehr. Die großen Herren suchten sich des Respektes, den sie insgeheim vor ihm hatten, zu entledigen, indem sie öffentlich seiner spotteten: ah, der Rechtsanwält. Herr Marcell setzte sich viel für die kleinen Leute ein. Aber die kleinen Leute blieben mißtrauisch gegen ihn, weil sie spürten: das ist ein Aristokrat. So fand er in keinem Stande eine Heimstatt.

Nur die Frauen hatten Herrn Marcell sehr gern, aber auch ihre Liebe wurde ein Danaergeschenk für ihn. Er war kein Don Juan. Er wollte Freund sein, nicht bloß Liebhaber, und das schätzten höchstens weishaarige, gebildete Matronen. Man erzählte mir einmal eine Geschichte, die für Herrn Marcell typisch ist. Es handelte sich da um eine schöne, wundervolle, junge Dame. Er betete sie an und sie liebte seine Zärtlichkeit, seine Galanterie, seine Geistesheiterkeit und das reine Leuchtfeuer seiner Lebenslust. Da trat ein junger Mann auf den Plan, ein gewöhnlicher junger Mann, groß und kräftig gebaut, glattes Gesicht. Der umwarb die Dame, glaubte Ausichten zu haben und stellte Herrn Marcell grob zur Rede. Darauf zog sich Herr Marcell zurück. Er entschuldigte sich bei der Dame, sie befehlige zu haben; er sehe ein, daß nur ichöne Menschen zusammengehören, und er wisse, was er dem Gotte schuldig sei, der die Schönheit geschenkt habe. Die Dame heiratete darauf, beinahe nur aus Vergessen darüber, daß Herr Marcell sie aufgegeben, den jungen Mann. Die schöne Dame, die Herrn Marcell nicht verstand, spottete später über ihn. Warum? Die Ehe mit dem jungen Mann war nicht glücklich.

Und Herr Marcell lächelte, wenn er davon hörte. Er hatte etwas so feines um die Mundwinkel, wenn er lächelte, und vor seinen Augen glaubte man einen Schleier zu sehen, wie von ungewohnten Tränen. Um dieses Schleiens willen ist es mir leid, daß ich meinen Besuch bei Herrn Marcell verschoben hatte. Würde er nicht ebenso über mich lächeln? Ich suchte ihn auf. Die Wirtin sagte, er sei verjörnt. Seine neue Wohnung kannte sie nicht. Ich erkundigte mich bei der Polizei. Es stellte sich schließlich heraus, daß Herr Marcell nicht mehr lebte. Es mochte er zuletzt von mir jebacht haben? Er war am ersten April, abends acht Uhr gestorben, ungefähr im gleichen Augenblick, als ich zu sehen glaubte, wie er den Hut jog und ironisch zu mir herübergrüßte.

Die Ausgrabung einer Römerstadt in Gibraltar. In Gibraltar hat sich eine Gesellschaft gebildet, zu der der Herzog von Alba, der Marquis von Bute und Senior Moreno, der Direktor der spanischen Kreditbank, gehören, um an der Stelle des alten Carthago in der Nähe des Jellens Ausgrabungen zu veranstalten. Bei der Legung der Grundmauern für ein Haus hatte ein Spanier im vorigen Jahre einen marmornen Sarkophag und andere phönizische und römische Altertümer ans Licht gebracht. Die Funde erregten großes Aufsehen und führten zu der Gründung der neuen Gesellschaft, die sich die ausschließlichen Rechte zu Grabungen an dieser Stelle gesichert hat.

„Tänzer im Fasching“. Komödie in 3 Akten von Richard Durschlag. (Aufführung im Frankfurter Schauspielhaus.) Tänzer gibt es nicht nur im Fasching. Extratouren behalten ihren Reiz zu jeder Jahreszeit. Auf die Reizsamkeit (würde Karl Lamprecht sagen) kommt es an. Darauf, ob man den Mut zum Hoppla aufbringen kann — oder ob man Beklemmungen während des Wollens vermeiden kann. Diese banale Frage hat Durschlag in seiner Komödie gestellt. Er hat sie in recht amüsanten Form gestellt. Nicht tief, hat die Grundtöne menschlicher Bedingtheit unberührt gelassen. Wienerisch plausibel hat er sie gestellt. Ihm gab er das kleine Mädchen — ihr den jungen Fürsten. Für einen Fasching. Und schließlich blies der junge Fürst beim jungen Wädel hängen, und er und sie finden den Weg zurück ins eigene elegante Heim. Der Autor selbst hat das Stück in Regie genommen und hat auch nicht mit Gefühlen gespart. Das hat dem Stück ein wenig von der Grazie geraubt. Aber Durschlag wollte eben nicht auf seine mit diesem Stücke bezweckten, engeren Absichten verzichten. In diesem Punkt war Frau Karst ein, die einst ein beliebtes Mitglied des Frankfurter Schauspielhauses war, heute a. G. fungierte — in diesem Punkte also war sie dem Dichter am weitesten von allen anderen gefolgt. Sie betonte die überlegene Frau, die aber noch lange nicht erkalte war an der Stelle des häuslichen Herdes. Sie zeigte Temperament, aber die Rolle duldete keine Entfaltung nicht. Eine gute, fein durchdachte Leistung. — Wuffi war der zweite Gast des Abends, er gab den Prinzen. — Impetoren hatte man eine Dienerrolle übergeben. Dieser Tyrant konnte einen zur Verzweiflung bringen. O Gott, dachte man, sollt einem Kerl ausgeliefert zu sein! So schauerhaft eckig war Ton Impetoren. Bruno Stümke.

Weingartner Aufführung im Stadttheater Heidelberg. Wie der Erstaufführung von Weingartners Oper: „Die Dorfschule“ und der reichsdeutschen Aufführung seiner komischen Oper: „Meister Andrea“ hat sich das Stadttheater Heidelberg eine unstrittig großes Verdienst erworben; in beiden Werken zeigt sich Weingartner als ein gewandter und gefälliger Musiker, der einen flüssigen und beschwingten Satz schreibt. Die japanische Tragödie in der Dorfschule gab Gelegenheit zu exotischer Klangmalerei, die sich in dem abschließenden Trauermarsch zu Bedeutendem sammelte. Ansprechender fast noch zeigt sich Weingartner in der komischen Oper, die ihm besonders zu liegen scheint, allerdings unterstützt durch ein gefälliges Textbuch nach Geibelschen Motiven, darin eine muntere Handlung im Florenz des 16. Jahrhunderts fließt tummelt. Der Komponist, der seine beiden Werke selber leitete, errang sich damit der hingebenden Arbeit des Soloperfonals und des Orchesters einen lebhaften Erfolg.

# Annahme des badischen Finanzgesetzes.

Der Haushaltsausschuss des Badischen Landtags behandelte am Dienstag nachmittag den Antrag des Zentrums, die von der Regierung beabsichtigte Erhöhung der Grundsteuer von 200 auf 225 Prozent wegzulassen. Von der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Partei wurde dem Antrag zugestimmt. Die Sozialdemokratie lehnte den Antrag ab und verlangte, daß der Steuergrundbetrag für die Grundsteuer für Steuerwerte bis zu 10.000 Mark von 15 auf 10 Pfg. und von 10-20.000 Mark von 20 auf 16 Pfg. herabgesetzt wird. Ein demokratischer Redner lehnte die Erhöhung des Anteils der Gebäudesteuer für den allgemeinen Finanzbedarf ab. Der Finanzminister sprach sich gegen eine weitere Staffelung der Grundsteuer aus. Dem Antrag, Anleiheemittel zu beschaffen für den Wohnungsbau zu verwenden, stimmte er zu. Der Minister des Innern sprach sich scharf gegen den Antrag des Zentrums aus und nannte seine Wirkungen ungeheuerlich. Die Sozialdemokratie erklärte, daß sie das Defizit später durch die Erhöhung der Grundsteuer und der Gebäudesteuer decken wolle, früher habe die Regierung die Absicht gehabt, durch Notgesetze eine Erhöhung der Grundsteuer um 20 Hundertteile vorzunehmen. Der Zentrumsantrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bei Stimmhaltung der Demokraten zu Ziffer II von den Vorlesungen angenommen.

In Artikel VIII des Finanzgesetzes wurde der Anleihebetrag zum Ankauf von Wäldern auf 2 Mill. Mark herabgesetzt. Im übrigen wurde der Artikel genehmigt, nachdem der Minister des Kultus erklärt hatte, daß der Bau der Freiburger Klippe in den Vorjahren habe, daß aber auch in Heidelberg möglichst bald durch einen Teilbau das Schlimmste beseitigt werden müsse. Das Finanzgesetz wurde daraufhin von Zentrum und Demokraten gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und eines Sozialdemokraten bei Stimmhaltung der D.M.P. und des Restes der Sozialdemokraten angenommen. Die Sozialdemokraten verzweigten die Annahme des Finanzgesetzes wegen des Zentrumsantrages auf Beibehaltung der bisherigen Höhe der Grundsteuer.

## Von der Staustufe Heidelberg.

Heidelberg, 11. Juli. Die technischen Arbeiten an der Staustufe Heidelberg gehen, soweit die Schlußentwürfe in Betracht kommen, allmählich ihrem Ende entgegen. Gegen Ende des Monats Juli werden wohl die Schlußen in Betrieb genommen werden können. Große Rheinfähren können allerdings noch nicht durchgeschleppt werden, da der Redar noch nicht geklärt werden kann. Nun beginnen die Arbeiten am Neufeld 6, wo man bald mit den Sprengungen beginnen wird. Nahezu fertiggestellt ist das Behälterhaus mit dem Kommandoraum, von wo aus das Schließen und Schließen der Tore vorgenommen wird. Oberhalb der Schienenanlage an der Herrenmühle wird eine Rechenanlage mit Wehrbauwerk eingebaut. Vor der Vollendung steht auch der Wehrturm II mitten im Redar, das höchste Bauwerk der ganzen Anlage.

Schweningen, 11. Juli. (Johann Strauß im Schwefinger Schlossgarten.) Das berühmte Wiener Konzertorchester mit Johann Strauß beendet seine Süddeutschlandreise am kommenden Sonntag mit zwei Konzerten im Schwefinger Schlossgarten.

Gaggenau, 11. Juli. Der Arbeitervereinsverein „Freiheit“ feiert porgestern sein 20. Stiftungsfest mit Fahnenweihe ab, zu dem viele Arbeitervereine Mittelbadens, darunter die „Lafayette“ Karlsruhe, eingeladen hatten. Die Festrede beim Festbankett am Samstag hielt Festpräsident Bürgermeister Schneider-Gaggenau. Ein stattlicher Festzug zog am Sonntag nachmittag durch die Straßen der Stadt. Die eigentliche Weiherede bei der Fahnenweihe hielt Bezirksvorstand Reich aus Rafart. Ueber die kulturpolitische Bedeutung der Arbeitervereinsvereine sprach auch noch Schulrat Reinmuth-Karlsruhe.

Baden-Baden, 10. Juli. (Bürgerausschuss.) Nachdem in den letzten Tagen sich der Bevölkerung eine große Erregung bemächtigt hatte über die Vorlage der neuen Straßenbahnerhöhung, die sich in verschiedenen erregten Versammlungen Luft zu schaffen suchte, hatte der Bürgerausschuss heute einen großen Tag. Der neu vorgelegte Straßenbahntarif sah unter Belassung der Grundpreise eine Erhöhung der Wochentarten und eine Neueinführung von Monatskarten vor, die einer effektiven Erhöhung von 80-100 Proz. gleichkämen. Nach langen Verhandlungen und wiederholten Unterbrechungen der Sitzung kam dann ein Kompromiß zustande, welches neben kleineren Änderungen in Bezug auf Wochen- und Monatskarten folgende Sätze vorsieht: Wochentarten 1-3 Teilstrecken 1,40 Mark, 4-6 Teilstrecken 1,60 M., 7-9 Teilstrecken 1,80 M., über 9 Teilstrecken 2 M., Monatskarten 1-3 Teilstrecken 9 M., 4-6 Teilstrecken 12 M., 7-9 Teilstrecken 15 M., Restarten 13 M. Auch diese abgeordnete Vorlage fand nur mit 55 gegen 33 Stimmen bei mehreren Enthaltungen Annahme. Die Außerzählung Lichten-Gerolsau, die bisher Versuchsweise geführt wurde, bleibt bestehen und wird zu dem Straßenbahntarif befahren. Hierzu besteht für den Touristenverkehr eine sehr praktische und billige Verbindung ins Gebirge. Neben kleineren Vorlagen wurde der Stadtrat ermächtigt, eine Anleihe in Höhe von 6.200.000 M. aufzunehmen, wobei der Herr Oberbürgermeister Fischer ausführte, daß das Kollegium bei zukünftigen Anträgen sich diese Anleihebedingung halten möge, denn es wäre an der Zeit einen Schlußstrich zu ziehen. Nach über 4stündiger Dauer fand der große Tag seinen Abschluß.

Griesbach, 11. Juli. (Todesfall.) Hier starb nach längerem Leiden Bürgermeister Anton Huber.

Schiengen, 9. Juli. Eine lebhaft Bautätigkeit hat sich hier wieder in letzter Zeit entfaltet; 4 bis 5 neue Wohnhäuser wurden allein in der Eisenbahnstraße erstellt und in der gleichen Straße haben schon wieder zwei Neubauten begonnen. Das prächtige Landhaus in der Kuggener-Straße geht seiner Vollendung entgegen und wird bald bezogen.

# Landtag und Wahlflugblätter.

## Das badische Zentrum u. das Reichskabinet.

Am 1/6 Uhr eröffnete am Mittwoch nachmittag Präsident Dr. Baumgartner die Sitzung. Der Geschäftsordnungsausschuss ließ durch den Abgeordneten Obkircher dem Hause mitteilen, daß an Stelle des Staatspräsidenten und Ministers des Innern Dr. h. c. A. Kemmele, der, wie gemeldet, sein Landtagsmandat niedergelegt hat, der Geschäftsführer Jakob Trumppfeller in Mannheim als nächster Anwärter auf der sozialdemokratischen Wählerliste des 6. Wahlkreises für den Rest der Landtagsession bestimmt worden sei. Das Haus war damit einverstanden. Der neue Abgeordnete wurde in den Saal geführt und seinen Kollegen vorgestellt.

Nun kam die zweite Rednergarnitur. Föhr, der gleichzeitig ein Reichstagsmandat inne hat, nahm zunächst seinen Fraktionsgenossen Heurich gegen die Bemerkungen des Abgeordneten Kläiber in Schutz. Die Person des Abgeordneten Heurich biete die Gewähr dafür, daß das, was Kläiber gesagt habe über die Absicht Heurichs, eine eigene Partei zu gründen, vollkommen ausgeschlossen sei. Kläiber sei es nicht im mindesten gelungen, das Vertrauen des Zentrums in die Person des Abgeordneten Heurich zu erschüttern. Uebergehend auf die Reichspolitik bemerkte Dr. Föhr, die Kommunisten werden an der Arbeit der Sozialdemokraten in der Reichsregierung dieselbe Kritik üben wie an der Regierung Marx und dann werde die Sozialdemokratie die gleiche unangenehme Erfahrung machen wie das Zentrum. Die neue Reichsregierung sei ein Kabinet Müller-Stresemann, ein Kabinet von Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei, wobei die Demokraten mit vereinnahmt worden seien. (Heiterkeit.) Dem Zentrum wäre es viel lieber gewesen, es wäre ein Kabinet ohne das Zentrum gebildet worden. Dem Zentrum sei es außerordentlich peinlich, daß es gezwungen gewesen sei, soweit entgegenzukommen, daß überhaupt das Kabinet Müller-Stresemann zustande kommen konnte. Auch dieses Kabinet werde mit Wasser loden müssen. Das Zentrum habe stets treu zum Reiche gestanden und werde in Zukunft unbedingt daran festhalten. Die Schnur des Zentrums gehe dahin, daß endlich alle Kreise deutscher Zunge, die heute noch außerhalb der Reichsgrenzen leben, mit dem Deutschen Reiche vereint werden. (Beifall im Zentrum.) Die angeregte Neugierde des Reiches werde in finanzieller Hinsicht keine Ersparnisse bringen. Diese könne nur erzielt werden auf dem Wege einer Verwaltungsreform. Das Zentrum sei für die Beseitigung der Konflikten und Entlasten und der Zwergstaaten, für die Beseitigung der Kompetenzstreitigkeiten, für eine Abgrenzung der Steuerquellen und gegen eine Verrechtlichung der Justiz. Man solle die süddeutschen Länder in Ruhe lassen; Baden habe seine Finanzen in Ordnung gebracht und werde das auch in Zukunft fertig bringen. Die wirtschaftliche Struktur und die Volkswirtschaft unseres Landes verleihe eine leichte Rivellierung, wie sie die Unitarisierung erzeugen werde. Die Obersteingrenzung wäre längst erledigt, wenn hier der Badische Landtag etwas zu sagen hätte. Die Verwaltungsreform könne nur zu einem positiven Ergebnis führen, wenn eine Vereinfachung der Ar-

beitsmethode eintrete; mit dem Altwort müsse aufgeräumt werden, und zwar müsse in Berlin damit der Anfang gemacht werden. Im weiteren Verlaufe seiner Rede beschäftigte sich Dr. Föhr mit Steuerfragen und im Zusammenhang damit, mit der Not der Landwirtschaft. An Hand eines sozialdemokratischen Wahlflugblattes, in dem den Landwirten vieles versprochen worden war, hielt der Redner den Sozialdemokraten vor, daß sie im Landtag nicht in dem Sinne für die Landwirtschaft eintreten, wie sie es in dem Flugblatt versprochen hätten. Auf den Vänten der Sozialdemokraten gab es große Aufregung. Maier-Heidelberg rief: „Das ist unerhört, als ob wir die Not der Landwirtschaft nicht berücksichtigen würden. Sie können alles verlangen, aber wir für die Arbeiter nichts!“. Dr. Föhr las dann noch mehr Flugblätter aus dem Wahlkampf vor und unterließ dadurch das Haus vortrefflich.

Die Laufsachen prasselten noch härter durch den Saal, als der Sozialdemokrat Maier-Heidelberg ebenfalls an Hand von Wahlflugblättern bewies, daß mancher Partei im Wahlkampf der Humor nicht ausgegangen ist. Die verschiedenen Entgleisungen und Ueberreibungen lösten im Hause lebhafteste Heiterkeit und mehr oder minder gut gegliederte Zwischenrufe aus. Dann aber war der Spaß vorbei. Der Ernst trat in seine Rechte. Maier übte Kritik an den einzelnen Parteien. Mit den Deutschen Nationalen gehe es bergab; Heurichs Rede sei nur gehalten worden, damit dem Zentrum die Arbeiter nicht ganz davonlaufen; die Kommunisten werden noch immer von Mostau aus dirigiert. Dem Finanzminister danke die Sozialdemokratische Partei für seine Rede und für das auflärende Zahlenmaterial; sie werde seine Finanzpolitik unterstützen. (Mittlerweile hatte sich das Haus ziemlich völlig gelichtet; nur die sozialdemokratische Fraktion war ziemlich vollständig anwesend.) Maier verbreitete sich eingehend über Steuerfragen. Die persönlichen Differenzen in der Fortverwaltung müßten beseitigt werden. Diese dürfe nicht zu optimistisch handeln, denn sie könnte sonst Fehler machen, die auf Jahrzehnte hinaus nicht wieder gut gemacht werden könnten. Die Domänenverwaltung finde ebenfalls die Billigung der Sozialdemokratie. Auf dem Gebiete des Straßennetzes müsse sowohl die Dauerbede als auch das Teersystem forciert werden. (Große Heiterkeit gab es im Hause, als Maier dem Abgeordneten Dr. Föhr seine Zucht und sein Temperament vorhielt.) Die Sozialdemokratie lasse sich in der Fürsorge für die Landwirtschaft vom Zentrum nicht übertreffen; wenn es um andere Dinge gehe, dann könne Dr. Föhr auch den Daumen auf den Geldbeutel des Staates drücken. Die Sozialdemokratie trete erst dann für die Aufhebung der Hausflachtsteuer ein, wenn auch die andere Fleischsteuer verschwinde. Keine Koalition werde die Sozialdemokratie hindern, das zu tun, was für die Arbeiter getan werden müsse. Die Sozialdemokratie sei nicht gegen eine Steuerentlastung, sondern nur gegen die Art und Weise, wie das Zentrum in der Frage der Grundsteuer vorgehen wolle. Die Umstellung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat beweise, daß dem Sozialismus die Zukunft gehöre.

Nach persönlichen Bemerkungen des Abgeordneten Dr. Mattes wurde die Sitzung auf Donnerstag, vormittags 9 Uhr, vertagt.

## Großfeuer im Oberland.

Seppenschwand (N. Waldshut), 11. Juli. In der am Abhang des Höhenchwander Berges gelegenen kleinen Gemeinde Seppenschwand, die insgesamt aus 15 Anwesen besteht und zur Gemeinde Tiefenbüren gehört, brach gestern nachmittag gegen 1/2 Uhr ein Großfeuer aus, das ein Drittel des Ortes in Asche legte. Das Feuer entstand in dem Anwesen des Landwirts Blasius Berger und breitete sich mit rasender Geschwindigkeit aus. Besonders erschwerend war noch der Umstand, daß die Bewohner auf dem Felde arbeiteten und erst ziemlich spät am Brandplatz erschienen, auch herrschte infolge der großen Trockenheit der letzten Tage ein empfindlicher Wassermangel. Da die Anwesen noch dazu meist mit Schindeln und Stroh bedeckt waren, fand das gestrige Element besonders reiche Nahrung. Nach kurzer Zeit wurde auch das Anwesen der reiche Nabeuna. Nach kurzer Zeit wurde auch das Anwesen der Witwe Rudolf Baumgartner, der Ehefrau Friedrich Schmid und des Landwirts Ludwig Müller. Sämtliche Anwesen mit Heuschuber wurden in Asche gelegt. Von den Fahrnissen konnte so gut wie gar nichts gerettet werden. Im Anwesen des konnte so gut wie gar nichts gerettet werden. Im Anwesen des zwei Schweine und eine Ziege. Insgesamt wird der Gebäudeschaden auf 100.000 M. geschätzt. Die Geschädigten sind nur gering verlickert. Die Autosprünge von St. Blasien und fünf Wehren der umliegenden Gemeinden bemühten sich, dem rasenden Element Einhalt zu tun, doch mußte man sich größtenteils darauf beschränken, daß das Feuer nicht noch weiter um sich griff und den ganzen Ort vernichtete. Ueber die Brandursache verlautet noch nichts Bestimmtes.

Singen a. S., 7. Juli. (Lehrerjubiläum.) In Rielasingen feierte Oberlehrer a. D. Paul Brachat seinen 75. Geburtstag. 45 Jahre stand der Jubilar im öffentlichen Schuldienst.

Konstanz, 11. Juli. (Goldene Hochzeit.) Geh. Medizinalrat und Bezirksarzt a. D. Dr. Albert Heinemann und Frau können heute das Fest der goldenen Hochzeit feiern.

Währingen b. Konstanz, 11. Juli. (200 Jahre Pfarrei Währingen.) Am Samstag konnte die Gemeinde das 200jährige Bestehen ihrer Pfarrei festlich begehen.

## Die Geliebte ermordet.

Untermettingen (bei Bonndorf), 11. Juli. Die Familie Schneidmeyer habe erhielt von der Gendarmerie die Mitteilung, daß der vor einigen Tagen sich selbst getötete Schneidmeyer Obele nach einem hinterlassenen Brief auch die Tochter der Familie Jabe, Elisabeth Jabe, mit der Oberle ein Verhältnis hatte, am Sonntag aus ihrem Lieblingsplätzchen getötet hat. Die Getötete war in Engingen im Dienst und da sie von ihrem Urlaub nicht wieder zurückkehrte, so nahm die Dienstherren an, das Mädchen sei einige Tage zu Hause gewesen. Die von der Gendarmerie und der Staatsanwaltschaft vorgenommenen Nachforschungen in den Wäldern haben bis jetzt noch nicht zur Auffindung des Leichnams geführt.

## Anfallchronik.

Oftersheim b. Mannheim, 11. Juli. (Seinen Verletzungen erlegen.) Der vor einigen Tagen während der Arbeit in eine Kaltbrühe gestürzte 19 Jahre alte Engen Lorenz ist nunmehr im Krankenhaus seinen schweren Verwundungen erlegen.

Kommungen Unt Engen, 11. Juli. (Verkehrsunfall mit Todesfolge.) Auf der Straße nach Ratendorf wurden zwei Töchter des Landwirts Flud von einem Motorrad des Schneiders Schönte von Engen angefahren. Die eine Tochter wurde so schwer verletzt, daß sie eine halbe Stunde später im Krankenhaus verstarb, die andere hat den Fuß gebrochen. Auch Schneider Schönte und seine mitfahrende Frau erlitten derartige Verletzungen, daß sie ebenfalls ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Kiedheim, Unt Engen, 11. Juli. (Tot aufgefunden.) Der seit einigen Tagen vermißte Rupert Baurle wurde nun am Wegrand beim Bahnhof tot aufgefunden. Rupert litt an epileptischen Anfällen und ist dieser Krankheit nun erlegen. Beim Sturze ist er auf das Gesicht zu liegen gekommen und in dieser Lage erstickt.

Singen a. S., 11. Juli. (Zusammenstoß.) Retor König, Leiter des hiesigen katholischen Jugendheimes, stieß mit seinem Leichtmotorrad an der Ecke der Hohenträfersstraße und Zeltstraße mit einem entgegenkommenden Motorradfahrer zusammen, wurde vom Rade geschleudert und blieb bewußtlos liegen. Mit nicht unerheblichen Verletzungen wurde er in das nahe gelegene Jugendheim verbracht. Der andere Motorradfahrer kam ohne Schaden davon.

Am 11. Juli entschlief sanft nach langem Leiden

**Fräulein Emma Krös**

In Firma Krös & Botzenhard.

In der lieben Verstorbenen verliere ich die Gründerin der Firma, meine treue Teilhaberin, meinen unvergesslichen Lebenskameraden.

**Emilie Botzenhard.**

Beerdigung: Freitag, den 13. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Friedhofkapelle aus. 18835

**Trauerbriefe und Danksagungskarten**

werden rasch und preiswert angefertigt in der

**Druckerel Ferd. Thiergarten (Badische Presse).**

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme, sowie für die schönen Kranzspenden am Grabe meines lieben Mannes

**Franz Jörger**

sage ich herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Stadtpfarrer Haub für die trostreichen Worte. (FW4107)

KARLSRUHE, 11. Juli 1928.

**Frau Friederike Jörger.**

Zur Verechtigung der

**WANZEN**

Blage wende man sich an die altbewährte und in allen vorkommenden Fällen unbedingte Leistungsfähige Antiaff (16525)

D. S. G. II.

Anton Spinaer, Ettlingerstraße 51, Telefon:

**2340**

**Exerien-Aufenthalt**

In gutem Privatbad im Schwarzbad, werden noch viel wobl-erzogene Mädchen aufgenommen. Genüßpreis 3 Mark. Adresse zu erf. u. Nr. 3403a in der Bad. Presse.

Die glückliche Geburt unseres zweiten Sohnes zeigen hoch erfreut an

**Richard Fink und Frau Anna** geb. Kaucher.

ASPERG, den 10. Juli 1928. B490

**Die letzten 3 Tage**

**Donnerstag Freitag Samstag**

**bieten nochmals Gelegenheii**

Damen Kleider u. -Mäntel  
Wasch-Stoffe, Herren-Stoffe, Aussteuerwaren u. Wäsche, Gardinen etc.

**zu unglaublich niederen Ausverkaufs-Preisen**

zu beschaffen.

**10% Rabatt** auf alle nicht reduzierten Preise!

**W. Boländer**





